

Protokoll:	Beteiligungsbeirat des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	7
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	AKR-0322-00
Sitzungstermin:	01.06.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	StR Dr. Reiners		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidlin		
Betreff:	Öffentlichkeitsbeteiligung zum städtebaulichen Rahmenplan Stuttgart Rosenstein		

Die Fachverwaltung stellt ihr Beteiligungskonzept anhand einer Präsentation vor. Diese wird aufgrund der Größe ausschließlich digital zur Verfügung gestellt.

Die Fachverwaltung möchte insbesondere über folgende Aspekte mit dem Beteiligungsbeirat beraten:

1. Kinder und Jugendliche sollen separat eingebunden werden? Wie können sie am besten erreicht werden?
2. Zusammensetzung der Beteiligten sowie zum Ablauf der Veranstaltungen

Rückfragen

- Herr NN 1 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) bemängelt, dass die Beteiligung zum Rahmenplan bereits kurz vor dem Beginn steht und dem Beteiligungsbeirat das Konzept erst zum jetzigen Zeitpunkt vorgestellt wird und fragt, inwieweit der Beteiligungsbeirat noch Anregungen geben kann. Zudem schlägt er vor, verbindliche Fristen einzuführen, wann Konzepte im Beteiligungsbeirat diskutiert werden sollten und wie der Vorlauf hierbei ist. Des Weiteren wünscht er sich künftig generell mehr Hintergrundinformationen zu den jeweiligen Projekten. Herr NN 2 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) äußert ebenfalls den Wunsch nach weiteren Informationen zu den Projekten. Im Hinblick auf den zeitlichen Vorlauf berichtet die Fachverwaltung, dass dieser auch für sie sehr kurzfristig war. Der Spielraum für Anregungen bezieht sich dabei

vornehmlich auf die drei im Beteiligungskonzept erwähnten Themenabende, speziell hinsichtlich der Fragen, wie die entsprechenden Inhalte aufbereitet und abgefragt werden können. Hierbei soll auch ein externes Moderationsbüro unterstützen.

- Frau StRin von Stein (FW) merkt an, dass die gemeinderätlichen Gremien sich seit längerer Zeit mit dem Rahmenplan beschäftigen und es sinnvoll ist, die Bürgerbeteiligung nun parallel durchzuführen, um die Ergebnisse der Beteiligung in den Entscheidungsprozess des Gemeinderats einzuspeisen.

Die Fachverwaltung erläutert, dass in dieser jetzt stattfindenden Beteiligung zum aktuellen Stand der Planungen informiert werden soll und mit den beteiligten Einwohner*innen intensiv zum Rahmenplan Stuttgart Rosenstein diskutiert werden soll. Die Vor-Ort-Beteiligung soll zudem von einer Online-Beteiligung flankiert werden.

- Herr NN 3 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob im Rahmen der Zufallsstichprobe tatsächlich Einwohner*innen aller Stadtbezirke angeschrieben wurden. Des Weiteren möchte er wissen, wie die Teilnehmenden für die Online-Beteiligung ausgewählt wurden.

Die Fachverwaltung erläutert, dass im Rahmen der Zufallsstichprobe Einwohner*innen aus allen Stadtbezirken angeschrieben wurden. An der Online-Beteiligung (nach Start abrufbar unter <https://rosenstein-stuttgart.de/>) können sich alle Stuttgarter*innen beteiligen.

- Frau StRin Höh (FDP) und Frau NN 4 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) möchten wissen, inwieweit die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung 2016 in den Rahmenplan miteingeflossen sind und speziell inwieweit die Ergebnisse der damals durchgeführten Kinderbeteiligung Einfluss gefunden haben. Die Fachverwaltung erläutert, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung 2016 im Memorandum Rosenstein festgehalten wurden. Das Memorandum dient als Basis für die weiteren Planungen.

1. Einbindung von Kindern und Jugendlichen

- Die Fachverwaltung erläutert, dass Vertreter*innen des Kinderbüros sowie des Jugendrats eingeladen sind, sich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung einzubringen. Es soll jedoch speziell für Kinder und Jugendliche gesonderte Beteiligungsformate geben, damit ihre Wünsche und Anregungen ebenfalls Gehör finden. Geplant ist derzeit in Schulklassen zu gehen. Die Fachverwaltung wünscht sich dazu Feedback und Anregungen aus dem Beiratsbeirat.

- Frau NN 4 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) findet es grundsätzlich gut Kinder und Jugendliche auch über Schulen anzusprechen. Des Weiteren regt sie an, nicht ausschließlich in geschlossene Schulklassen zu gehen, sondern gegebenenfalls in von der Altersstruktur her gemischte Gruppen zu beteiligen. Sie schlägt zudem vor neben den Schulen auch über die offene Jugendarbeit zu beteiligen, z. B. über das Kinder- und Jugendhaus Nord. Zudem möchte sie wissen, inwieweit die Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu den in der Mehrzahl beteiligten Erwachsenen bei der Planung berücksichtigt werden. Frau StRin von Stein (FW) regt ebenfalls an, die Jugendhäuser in die Kinder- und Jugendbeteiligung einzubeziehen.

Die Fachverwaltung erläutert hierzu, dass geplant ist, die Mobile Jugendarbeit Stuttgart-Nord/Haus 49 anzufragen.

- Frau NN 4 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt weiterhin an, für Kinder und Jugendliche unterschiedliche und altersgerechte Beteiligungsformate zu planen, im Idealfall auch jeweils eigene Veranstaltungen, da es sich um unterschiedliche Ziel- bzw. Altersgruppen handelt.
- Frau NN 5 (sachkundige Einwohnerin - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt an, insbesondere auch die Altersgruppe der 16- bis 20-jährigen anzusprechen.
- Herr NN 6 (sachkundiger Einwohner - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt an, zusätzlich zu den Schulen auch Kinder und Jugendliche über die SMV (Anmerkung Protokollantin: SchülerMitVerantwortung) anzusprechen. Als weitere Multiplikatoren schlägt er die Mobile Jugendarbeit, Jugendhäuser sowie Vereine und insbesondere Sportvereine vor. Im Hinblick auf die Altersgruppe der 16- bis 20-jährigen merkt er an, dass es sich um eine sehr heterogene Gruppe handelt, darunter z. B. Auszubildende, Studierende oder Schüler*innen. Deshalb muss die Ansprache über verschiedene Kanäle erfolgen, z. B. über die Auszubildendenvertretung oder Hochschulgruppen.
- Frau Hübsch (PULS) schlägt dazu eine Kooperation mit der Aktion „meinSchlossplatz“ (Anmerkung Protokollantin: Netzwerk integrierte Jugendarbeit, koordiniert von der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft) für junge Menschen und Jugendliche. Des Weiteren regt sie an die Altersgruppe der 16- bis 20-jährigen über Berufsschulen anzusprechen.
- Herr NN 2 (sachkundiger Einwohner - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) schlägt vor, Kinder und Jugendliche auch über die Eltern anzusprechen.
- Herr StR Urbat (Die FrAKTION) regt an, junge Menschen über das Bewegungsprogramm GemeinschaftsErlebnis Sport anzusprechen, um eine heterogene Gruppe zu erreichen.
- Frau NN 4 (Mitglied Verwaltung - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt an, Kindern und Jugendlichen eine Rückmeldung zu den Ergebnissen ihrer Beteiligung zu geben, damit sie wahrnehmen, dass ihre Bedürfnisse aufgenommen werden. Besonders zu bedenken sind hierbei Schüler*innen, die über den Schuljahreswechsel die Schule wechseln. Zudem möchte Sie gerne wissen, wann der Termin für die Kinder- und Jugendbeteiligung stattfinden soll und von wem sie durchgeführt wird. Die Fachverwaltung erläutert, dass zur Rückkoppelung die Dokumentation dient. Sie soll direkt im Anschluss an die Öffentlichkeitsbeteiligung erstellt werden. Hier kann beispielsweise speziell ein Kapitel zur Kinder- und Jugendbeteiligung aufgenommen werden.
- Die Fachverwaltung nimmt die weiteren Anregungen mit und prüft die Umsetzbarkeit.

2. Rückmeldung zu den Beteiligten sowie zum geplanten Ablauf

- Frau StRin von Stein (FW) regt an zusätzlich zu den in der Präsentation genannten zu beteiligenden Akteuren die IG Bürger für Baden-Württemberg, den Verschönerungsverein Stuttgart sowie das Stadtplanungsforum Stuttgart einzubinden. Die Fachverwaltung erläutert dazu, dass diese Gruppierungen in einem separaten Veranstaltungsformat für organisierte Akteure beteiligt werden.
- Herr NN 6 (sachkundiger Einwohner - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, inwieweit Menschen mit Migrationshintergrund integriert werden. Die Fachverwaltung erläutert, dass das Kriterium Migrationshintergrund bei der Zufallsauswahl nicht gesondert abgefragt wurde, nimmt die Anregung aber auf, für den Fall, dass noch weitere Akteure miteinbezogen werden.

- Frau StRin Hübsch (PULS) hält die Stichprobe von 1.000 angeschriebenen zufällig ausgewählten Einwohner*innen für wenig, bei einer positiven Rückmeldequote von einem bis fünf Prozent. Für weitere Prozesse sollen mehr Menschen angeschrieben werden und aus den positiven Rückmeldungen den Kreis der Teilnehmenden zu lösen, um möglichst Vertreter*innen aus jeder Zielgruppe zu beteiligen. Des Weiteren fragt sie nach, wie die Veranstaltungen für die 18 „Spontanbürger*innen“ beworben wird und ob hier ggf. speziell noch Vertreter*innen von unterrepräsentierten Gruppen beteiligt werden können.
- Des Weiteren wird vorgeschlagen Menschen mit Migrationshintergrund speziell über migrantische Vereine anzusprechen und auch speziell Senioren
- Herr NN 6 (sachkundiger Einwohner - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt an, für die Themenabende, falls Bedarf besteht, auch Gebärdensprachdolmetscher*innen bereitzuhalten.
- Frau NN 7 (Mitglied Verwaltung - Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, inwiefern die Teilnehmerzahl begrenzt ist. Zudem fragt sie nach, ob die Online-Beteiligung als schriftliche Beteiligung geplant ist.
Die Fachverwaltung erläutert, dass sie mit ca. 60 bis 100 Teilnehmenden plant, die endgültige Teilnehmeranzahl jedoch vom Konzept abhängt. Ziel ist es möglichst viele Menschen zu beteiligen, jedoch auch möglichst intensiv und tief zu beteiligen. In diesem Zusammenhang schlägt Frau NN 7 vor, bei großem Interesse seitens der Einwohnerschaft ggf. Alternativtermine anzubieten. Im Hinblick auf die Online-Beteiligung erläutert die Verwaltung, dass es sich um eine textliche Beteiligung handelt.

Der Beteiligungsbeirat hat vom Beteiligungskonzept Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidlin

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Mitglieder des Beteiligungsbeirats
 3. Referat AKR
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III. nachrichtlich an:
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion Freie Wähler
 8. AfD-Fraktion